

Ulrich Beck

Mehr Willy Brandt wagen!

Die Europäische Union ist die bedeutendste und originellste Erfindung in der Geschichte der politischen Theorie und der politischen Institutionenbildung seit dem Westfälischen Frieden von 1648. Sie ist die Antwort auf die moralische und materielle Verwüstung Europas durch den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust. Heute geht es um alles. Die Welt erlebt die Sterblichkeit der Europäischen Union. Aber nicht nur das, sondern in einem rasanten dramatischen Wandel eine geradezu suizidale Entwicklung des Risikokapitalismus, der seine eigenen Grundlagen in Frage stellt. Die auf Dauer gestellte Revolution des siegreichen, vom Kommunismus freigesetzten Kapitalismus frisst ihre eigenen Kinder. In der Konzentration auf eine Idealisierung wie die »Vereinigten Staaten von Europa« dürfen wir jedoch nicht die verborgenen und diskontinuierlichen Perspektiven aus den Augen verlieren.

Mehr Willy Brandt wagen! – das klingt zunächst harmlos, ist es aber nicht. Gilt es doch, eine Frühform dessen wiederzuentdecken, was ich »kosmopolitische Realpolitik« nenne, die wir heute in der Krise dringend neu beleben müssen. Man könnte geradezu von einem *Willy-Brandt*-Modell und einem *Merkiavelli*-Modell deutscher Politik sprechen. Diesen Begriff Merkiavelli habe ich eingeführt, um die Verbindung von Machiavelli und Merkel zu verdeutlichen. Das wird häufig in deutschen Diskussionen als eine Beleidigung der Bundeskanzlerin gesehen. Vor kurzem habe ich in Florenz vorgetragen und war gerade in einem historischen Saal, in dem Machiavelli hochgeachtet wird, eine ehrfurchterregende Tradition ist. Dort hat man es als Beleidigung von Machiavelli gesehen. Auch das ist Europa!

Merkel betreibt eine national-instrumentelle Europapolitik. Das heißt, wenn



Ulrich Beck

(* 1944) ist Professor für Soziologie an der Universität München, der London School of Economics und der FMSH in Paris. In Kürze erscheint bei *Klartext*: Ulrich Beck/Peer Steinbrück u.a.: *Neue Europäische Architektur und kosmopolitische Nation*.

u.beck@lmu.de

sie vom deutschen Europa-Engagement spricht, dann orientiert sie sich wesentlich nicht am europäischen Gemeinwohl, sondern an der Maxime innenpolitischer Wählbarkeit. Willy Brandt konnte in diesem Sinne keine direkt national programmierte Ostpolitik betreiben. Der direkte Zugang zur DDR war völlig versperrt. Das Ganze lief in der Rubrik »vergeblich«. Da haben Willy Brandt und Egon Bahr die neue Möglichkeit erfunden und praktiziert, nationale Politik, nämlich den Zugang zu einer möglichen Vereinigung Deutschlands, dadurch zu gewinnen, dass man politisch-kooperativ den ganz großen Bogen schlägt: über Moskau, Washington und natürlich in Kooperation mit den europäischen Partnern, um das deutsche Anliegen voranzutreiben. Das ist ein Beispiel für das, was ich »kosmopolitische Realpolitik« nenne. Ich meine, dass das eine Premiere war, die leicht wieder als Modell in Vergessenheit geraten ist, weil sie in diesem historischen Kontext erfunden wurde, die aber in der gegenwärtigen Diskussion neu ausformuliert und weiterentwickelt werden könnte und sollte.

Der zweite Gegensatz zum Merkiavelli-Modell ist die Emphase der Ostpolitik. Letztlich lag ihr Erfolg gerade darin, dass Brandt nicht auf innenpolitische Wählbarkeit geschielt hat. Er wurde vielmehr am Anfang als Vaterlandsverräter verteufelt. Ich erinnere mich noch an einen Film, in dem ich sah, wie er das erste Mal nach Erfurt fuhr, und, wenn ich es richtig in Erin-

nerung habe, vor Ergriffenheit kaum sprechen konnte, weil er so patriotisch, so berührt war. Eine Bewegung, die man von ihm nicht erwartet hatte. Aber er war eben ein Patriot, der genau diesen kosmopolitischen Bogen im Blick hatte. Als er zurückkam, wurde er dramatisch als Vaterlandsverräter kritisiert. Und trotzdem hat er die Wahlen gewonnen und seine Politik war am Ende erfolgreich.

Es ist Zeit für ein »europäisches Deutschland«

Das Willy-Brandt-Modell ist das Modell einer höchst modernen Politik: postnationalistisch, aber patriotisch, multilateral, durchaus auch ökonomisch bestimmt und selbstbewusst, ein echtes, nicht-instrumentelles Europa-Engagement – und gerade deswegen national und europäisch erfolgreich. Merkels Europapolitik hat Deutschland in die Isolation getrieben, das Gespenst eines deutschen Europas geweckt, erzeugt massive Widerstände und erweist sich zunehmend als kontraproduktiv. Ist es in diesem Sinne nicht an der Zeit, das Gegenbild des »europäischen Deutschland« ins Zentrum der Europadebatte zu stellen, und die nationalen und europäischen Interessen eben nicht mehr national-deutsch, sondern kosmopolitisch und europäisch-deutsch neu zu definieren? Das meine ich mit »mehr Willy Brandt wagen«.

Ich kann das hier nur an einem Punkt klarer machen: Richtig bleibt natürlich, die nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Aber das rechtfertigt doch keinen merkiavellistischen Sparfundamentalismus, nach dem Motto: Die Medizin wirkt, der Patient stirbt. Ist es nicht zutiefst empörend, dass Merkiavelli den Krisenländern auf europäischer Ebene das verweigert, was die CDU-SPD-Koalition selbst in der Krise getan hat – nämlich durch die Ausweitung der öffentlichen Investitionen die Krise zu bewältigen? Als

Stichworte nenne ich nur die Abwrackprämie, die energetische Gebäudesanierung und das Kurzarbeitergeld, die alle staatlich finanziert wurden und dazu beigetragen haben, dass Deutschland relativ gut durch die Krise gekommen ist.

Die Euro-Krise hat sich inzwischen gleichsam einerseits verstetigt, andererseits ist sie in den Hintergrund getreten. Gleichzeitig tritt die tiefe politische Krise der europäischen Demokratie und des Regierens immer sichtbarer hervor. In dieser Situation wird die Bundestagswahl, aber natürlich auch die Europawahl im Mai nächsten Jahres zu einer historischen Entscheidung über Europa, über die Zukunft Europas.

Was will Herr Steinbrück, der Kanzlerkandidat der SPD, was wollen die Deutschen – ein deutsches Europa oder ein europäisches Deutschland? Ein deutsches Europa als »accidental empire«, das unter dem Deckmantel der Sparpolitik paradoxerweise keine Verantwortung für Europa übernimmt; oder ein europäisches Deutschland, das aus wohlverstandenen nationalen Interesse weltöffentlich gegen ein deutsches Europa votiert, aber für die europäische Verantwortung Deutschlands? Die im Übrigen auch im Grundgesetz festgeschrieben ist. Und hier ist doch die SPD gefordert. Denn wo, wenn nicht in der Europapolitik und zwar gerade nicht nur in Deutschland, steht tatsächlich die soziale Gerechtigkeit und ein würdiges Leben von Millionen europäischer Mitbürger auf dem Spiel? Dann könnten der Wahlkampf und die Wahlen im September über diese Schlüsselfrage Auskunft geben: Wollen die politischen Parteien und die Mehrheit der Bürger dieses Landes tatsächlich ein europäisches Deutschland oder vielleicht doch ein deutsches Europa ohne ein europäisches Deutschland? Deutschland wohin? Diese Frage – die alte »deutsche Frage« – stellt sich mit Bangen unseren Nachbarn. Die Auskunft sind wir uns selbst schuldig. Aber auch unseren europäischen Mitbürgern. ■